



## Interview Joachim Weimann

2. August 2024

**Bert Beyers: Guten Tag Herr Professor Weimann. Vielleicht mögen Sie sich kurz vorstellen?**

Joachim Weimann: Ich bin Professor für Volkswirtschaftslehre und habe an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg den Lehrstuhl für allgemeine Wirtschaftspolitik inne. Was meine wissenschaftliche Arbeit angeht, bin ich von Hause aus experimenteller Ökonom, Verhaltensökonom und Umweltökonom. Und in dieser Eigenschaft beschäftige ich mich schon sehr lange mit Klimafragen und bin seit kurzem Vorsitzender des Expertenrates für Klima- und Energiepolitik bei R21.

**Was ist R21?**

R21 ist ein gemeinnütziger Verein. R steht für Republik, und dieser Verein hat sich der Aufgabe verschrieben, neue Inhalte für bürgerliche Politik zu entwickeln. Ich arbeite dort nicht als Mitglied, sondern als Berater und bin gebeten worden, diesen Expertenrat ins Leben zu rufen und dem vorzusitzen.

## **Es geht um Emissionshandelssysteme. Was ist das?**

Man kann Klimaschutz auf zwei Arten machen. Erstens kann man das planwirtschaftlich angehen. Das bedeutet, dass der Staat, vorschreibt, was, wann, wie, wo an Vermeidung zu erfolgen hat, mit welcher Technologie, in welchem Umfang und so weiter. Zweitens man kann es marktwirtschaftlich angehen. Bei einer marktwirtschaftlichen Vorgehensweise gibt der Staat lediglich einen Rahmen vor. Wie der ausgefüllt erfüllt wird, das überlässt er dann dem Markt, das heißt dem einzelnen Akteur. Wir haben uns leider für die Planwirtschaft entschieden.

## **Wer ist wir?**

Die deutsche Klimapolitik bevorzugt eindeutig die Planwirtschaft, obwohl es die weitaus bessere marktwirtschaftliche Variante in Europa gibt. Wir haben einen europäischen Emissionshandel und der funktioniert folgendermaßen: Zunächst einmal wird definiert, welche Sektoren diesem Handel unterliegen. Das ist im Wesentlichen der Energiesektor. Also überall dort, wo Strom produziert wird, da herrscht der Emissionshandel. Und dann gibt es noch eine Reihe von großen Anlagen, Aluminiumhütten, Glashütten, Kalkwerke und so weiter, die ebenfalls dem Emissionshandel unterliegen. Danach wird festgelegt, wie viel CO<sub>2</sub> dieser ETS-Sektor, Emission Trading System-Sektor, insgesamt pro Jahr noch emittieren darf. Das ist ein harter planerischer Eingriff, der am Anfang steht. Über die so festgelegte Menge, die jedes Jahr kleiner wird, werden dann sogenannte Emissionsberechtigungen ausgestellt. Jeder, der in dem Sektor tätig ist und CO<sub>2</sub> emittieren will, braucht dann eine entsprechende Berechtigung.

## **Und die kostet Geld.**

Die kostet Geld. Und da die Anzahl der Berechtigungen genau der Anzahl der Tonnen entspricht, die noch emittiert werden dürfen, führt es dazu, dass mit dieser Festlegung das Klimaziel, nämlich die Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen, sofort realisiert wird.

### **Wie geht es weiter?**

Der zweite Schritt ist die Ausgabe der Emissionsberechtigungen und ihre Handelbarkeit. Das heißt, die Emissionsrechte können jetzt unter den verschiedenen Emittenten gehandelt werden. Warum macht man das? Nun, wir haben ja nur festgelegt, wie viel CO<sub>2</sub> wir einsparen wollen, aber noch nicht, wie wir das machen. Und wir sollten es so machen, dass die Kosten der CO<sub>2</sub>-Einsparungen möglichst minimiert werden. Das heißt, wir sollten immer da vermeiden, wo die nächste Tonne CO<sub>2</sub> zu den geringstmöglichen Kosten vermieden werden kann. Das ist extrem wichtig, weil nur so kann Klimaschutz gelingen. Wenn wir das nicht kosteneffizient machen, dann wird es einfach zu teuer, dann schaffen wir es nicht. Und wie sorgt der Handel jetzt dafür, dass wir kosteneffiziente Lösungen bekommen? Na ja, stellen Sie sich zwei Quellen vor, zwei CO<sub>2</sub>-Quellen. Die haben beide Emissionsrechte, sonst dürfen die nicht produzieren. Aber bei der einen ist das Vermeiden von CO<sub>2</sub> sehr teuer, bei der anderen ist es sehr preiswert.

### **Was bietet sich also an?**

Derjenige, bei dem es günstig ist zu vermeiden, der vermeidet einfach mehr und verkauft die Emissionsrechte, die er nicht mehr braucht. Und zwar an denjenigen, bei dem Vermeiden teuer ist, der kann dann mehr emittieren. Das heißt, dieser Handel führt dazu, dass am Ende die Vermeidung immer dort stattfindet, wo sie am günstigsten ist, und die Emissionen da stattfinden, wo ihre Vermeidung am teuersten wäre. Das ist die marktwirtschaftliche Lösung. Man hat in Europa mittlerweile fast 20 Jahre Erfahrung damit, und man kann zeigen, dass das wunderbar funktioniert.

### **Und wie passt dann die deutsche Lösung da rein?**

Die passt überhaupt nicht, denn der Emissionshandel organisiert die Vermeidung ja bereits effizient und sehr effektiv. Diese weitere Regulierung, die Deutschland jetzt oben draufpackt, ist vollkommen redundant. Wir sagen: Wir haben das jetzt zwar reguliert und das funktioniert auch, aber es reicht uns nicht. Wir wollen einen eigenen Beitrag leisten. Deswegen bauen wir jetzt Windräder und Photovoltaikanlagen und vermeiden damit zusätzlich CO<sub>2</sub>. Nur, das funktioniert nicht. Warum nicht? Stellen Sie sich vor, in Deutschland wird ein Windpark aufgebaut. Er produziert Strom. Das Gaskraftwerk

nebenan muss weniger produzieren, spart CO<sub>2</sub> ein und braucht jetzt weniger Emissionsrechte. Was macht es nun mit den Emissionsrechten, die es nicht mehr braucht? Die werden verkauft. Das heißt, das Einzige, was passiert, ist, die Emission wird anders verteilt, aber nicht eingespart.

### **Deutschland will einfach besser sein.**

Und macht damit alles schlechter. Der Emissionshandel sorgt dafür, dass die Vermeidung von CO<sub>2</sub> so in Europa organisiert wird, dass sie zu minimalen Kosten erfolgt. Deutschland zerstört diese kosteneffiziente Situation, indem es sagt: Wir wollen jetzt Vermeidung an uns ziehen. Bei uns ist es zwar unglaublich teuer, aber es ist uns völlig egal. Die anderen müssen können dann weniger vermeiden mehr emittieren. Hochgradig kontraproduktiv und schädlich für den Klimaschutz und für Deutschland. Mit all den vielen Milliarden, die wir ausgeben, sparen wir überhaupt kein CO<sub>2</sub>. Im Gegenteil, wir sorgen auf diese Art und Weise dafür, dass der globale CO<sub>2</sub>-Ausstoß ansteigt. Wenn wir zum Beispiel hier eine Photovoltaikanlage bauen, dann wirkt sich das auf die europäischen Emissionen nicht aus. Aber die Photovoltaikanlagen sind in China oder in Malaysia gebaut worden, mit viel Energieansatz. Und die CO<sub>2</sub>-Emission, die dabei entstehen, die entstehen zusätzlich durch die Klimapolitik in Deutschland! Meine Universität fand es eine gute Idee, unser Fakultätsgebäude komplett mit Photovoltaik zu bedecken. Das hat dazu geführt, dass die globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen angestiegen sind. Da hört dann eigentlich der gesunde Menschenverstand endgültig auf zu funktionieren.

### **Sie haben sich an Ihrer Universität offenbar nicht durchsetzen können.**

Mich hat man nicht gefragt. Wir haben ein Nachhaltigkeitsbüro.

### **Welche Klimapolitik ist denn aus Ihrer Sicht in Deutschland sinnvoll?**

Wenn man einmal begriffen hat, dass die nationale Klimapolitik, die wir betreiben, redundant ist, das heißt: keinerlei Vorteile für das Klima bringt, aber riesige Kosten verursacht, dann kann man doch nur eine Schlussfolgerung ziehen: Damit sollten wir möglichst schnell

aufhören. Das ist doch völlig offensichtlich. Meine Forderung: Beendet bitte diesen unsäglichen deutschen Alleingang, und zwar möglichst komplett in allen Bereichen, auch in denen, die nicht dem ETS unterliegen, weil – und der Punkt, den würde ich gerne noch machen – für das Klima entscheidend sind nicht die Emissionen in Deutschland, auch nicht die in Europa, sondern die globalen Emissionen. Und wenn man sich die anschaut, dann stellt man fest, die steigen. Wenn wir in Europa weniger Öl oder weniger Gas oder weniger Kohle verbrennen, dann wird das, was wir nicht verbrennen, woanders verbrannt. Das zeigt ein Blick auf die Energiemärkte. Wenn Sie sich den Ölmarkt anschauen, dann sehen Sie, dass die Ölproduktion parallel zu den CO<sub>2</sub>-Emissionen permanent steigt. Das heißt, das, was wir einsparen, wird woanders mehr verbrannt.

**Mittlerweile haben wir es in Deutschland mit sehr vielen Gesetzen und Regelungen in Sachen Klimaschutz zu tun. Die wollen Sie alles abschaffen? Wie wollen Sie das überhaupt machen und mit welchen politischen Kräften?**

Die erste Frage ist: Was ist vernünftig? Was wäre, wenn zu dem Schluss kommen würden: Das mit der nationalen Klimapolitik ist kontraproduktiv, das brauchen wir nicht, das lassen wir jetzt mal sein. Das hat nur Kosten, keine Vorteile. Wir brauchen stattdessen erst einmal eine europäische Klimapolitik. Und die könnte darin bestehen, dass wir den Emissionshandel ausdehnen auf alle Sektoren, sodass wir die gesamten europäischen Emissionen in den Griff bekommen, und zwar kosteneffizient. Das würde zur Folge haben, dass wir die europäischen Emissionen planmäßig zurückführen können, auf einem Pfad, den wir politisch festlegen können. Besser geht es nicht. Und das zu minimalen Lasten.

**Sie sprechen im Konjunktiv.**

Wenn man diese nationale Klimapolitik beenden würde und zu einer europäischen Klimapolitik überginge, dann würden viele Stakeholder ziemlich alt aussehen. Dann hätten die ganzen NGOs plötzlich kein Geschäftsmodell mehr. Dann hätte die grüne Partei plötzlich keine Daseinsberechtigung mehr. Die braucht man dann nicht mehr und alle Politiker, ob Rot, Grün, Gelb oder Schwarz, die in der Vergangenheit diese Klimapolitik installiert haben, und die sie bis heute ja noch vertreten, müssten sagen: Sorry, Leute, man kann sich ja mal vertun. War ein Fehler. Jetzt machen wir es ganz anders.

**Genau das war meine Frage.**

Genau das tut natürlich kein Politiker. Das ist doch völlig klar. Ich vergleiche das immer mit der DDR. Das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der DDR ähnelt so ein bisschen der deutschen Klimapolitik, beide Male geht es um wichtige Ziele. Wir wollen hier jetzt das Klima retten. Wir wollen dabei helfen, dass die Welt voranschreitet. Die DDR sollte eine neue Gesellschaftsordnung schaffen, die Gleichheit, Gerechtigkeit und Frieden und bringt. In beiden Fällen hat man planwirtschaftliche Methoden eingesetzt. In beiden Fällen ist das krachend gescheitert. In der DDR hat dieses Scheitern aber nicht dazu geführt, dass sich irgendwas verändern konnte. Warum? Weil die Stakeholder in der DDR, die Partei-Leute, die Regierenden, die Kader, die Mächtigen alles verloren hätten. Sie haben das Ganze mit brachialer Gewalt weitergeführt, obwohl klar war, das ist der falsche Weg ist. Beendet wurde das Ganze dann durch die normative Kraft des Faktischen.

**Wo ist der Zusammenhang zur Klimapolitik?**

Wenn Sie meinen Vorschlag breit publizieren, werden sie Widerstände ohne Ende bekommen. Jeder wird massiv dagegen demonstrieren und protestieren und sagen: Das geht gar nicht! Schon heute schreiben selbst Redakteure der WELT gern von dem „blinden Vertrauen in Märkte“, als wenn das etwas abgrundtief Naives sei. Vermutlich haben diese Journalisten nicht die leiseste Ahnung davon, warum Märkte für unseren Wohlstand und ihr eigenes Einkommen von so enormer Bedeutung sind. Deshalb ist mein Vorschlag politisch vermutlich nicht durchsetzbar. Aber ich denke, es ist an der Zeit, dass wir wenigstens mal laut sagen, Leute, auch wenn es politisch nicht durchsetzbar ist, es gibt eine Alternative und die ist weitaus besser als das, was wir machen. Nehmt das mal zur Kenntnis, fangt an, offen darüber zu diskutieren und dann schauen wir mal, was passiert.

**Sehen Sie denn politische Kräfte in Deutschland, mit denen man vernünftig drüber reden könnte?**

Die AFD, mit der kann man nicht reden. Deren Klimapolitik besteht darin, den Klimawandel zu bestreiten. Das kann man vergessen. Die haben für nichts eine Lösung und dafür auch nicht. Warum wird die AFD gewählt? Eine meiner Erklärungen dafür ist, dass vor allen Dingen in Ostdeutschland viele Menschen keine grüne Politik wollen.

Sie haben deshalb bürgerliche Parteien gewählt und nicht die Grünen, aber sie haben trotzdem grüne Politik bekommen. Und jetzt fragen Sie sich: Wen soll ich denn dann noch wählen, wenn ich die nicht will?

### **Wer bleibt dann noch?**

Es gibt im Moment niemanden. In den Parteien gibt es ein enormes Beharrungsvermögen, das den Status quo erhalten möchte, und ein riesiges Missverstehen und Unverständnis für die Vorteile einer marktwirtschaftlichen Lösung. Man findet nur partiell Ansprechpartner in den bürgerlichen Parteien, die sich das zumindest anhören, die vielleicht auch mal nicken und sagen: Ja, alles ganz nett, aber geht nicht. Deswegen ist der Ansatz von R21 auch nicht der, zu versuchen, einzelne Politiker zu überzeugen, sondern eingedenk der Tatsache, dass die normative Kraft des Faktischen irgendwann auch bei der Klimapolitik zu wirken beginnt, eine Alternative im Köcher haben, auf die Menschen dann zugehen können, wenn sie nicht mehr wissen, wie es weitergehen wird. Viele Menschen wollen unbedingt etwas gegen den Klimawandel tun. Aber sie wissen nicht, wie sie es machen sollen. Deshalb folgen sie der Politik, die ihnen verspricht: Das wird alles ganz toll. So retten wir die Welt. Aber das führt nur zu Frustration. Wir müssen ganz viele Opfer bringen. Wir zahlen sehr viele Abgaben, wir haben sehr viele Vorschriften, die uns behindern und wir erreichen nichts. Statt dessen hört man immer nur Botschaften wie: Dieser Monat war schon wieder der wärmste, seit Wetteraufzeichnung und so weiter. Was nicht verwundert, wenn man sich die globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen anschaut. Die Leute werden immer weiter verzweifeln.

### **Sie hoffen auf ein Momentum, das sich in der Politik, in der Wirtschaft ergibt?**

Das ist meine Hoffnung. Momentum ist ja gerade sehr in der Mode.

### **Wie funktioniert das Modell der Emissionshandelssysteme denn global?**

Stellen wir uns eine Welt vor, in der Europa tatsächlich eine Klimapolitik macht, wie es vernünftig wäre. Das heißt, mit einem Emissionshandelssystem in ganz Europa über alle Sektoren mit einem klar definierten Reduktionspfad. Dann würden wir eine

Klimapolitik betreiben, die erfolgreich ist, weil die Emissionen tatsächlich reduziert werden und das zu minimalen Kosten, zu minimalen Lasten für die Menschen. Und ohne sie bürokratisch zu überfordern, ohne sie zu frustrieren. Das hätte erst mal intern in Europa eine große Wirkung. Die Bürger würden sagen: Wir können stolz auf uns und auf Europa sein. Das wäre ein riesiger Fortschritt. Und dann könnte die europäische Politik mit diesem Modell in die Welt gehen, nach China fahren, nach Indien fahren, und das Modell als Best Practice vorstellen und sagen: Schaut her, Klimapolitik geht auch so, dass der Wohlstand darunter nicht leidet, dass wir nicht alles abrechnen müssen, dass wir uns nicht von allem verabschieden müssen. Sondern es geht im Einklang mit einer positiven, den Wohlstand steigernden wirtschaftlichen Entwicklung. Und wir haben jetzt beschlossen, uns reziprok zu verhalten.

### **Was heißt das?**

Das heißt, wir machen auf diesem Weg weiter. Wir senken weiter die Emissionen, aber nur, wenn ihr mitmacht. Ansonsten lassen wir es einfach bei dem, was wir jetzt haben. Das können wir auch machen. Aber wenn ihr mitmacht, aber nur dann, gehen wir den Weg weiter. Deswegen fordern wir euch auf: Schließt euch diesem System an! Wir helfen euch dabei. Wenn ihr ein armes Land seid, dann bekommt ihr Emissionsrechte zugeteilt, kostenlos.

### **In Ihrem Modell gibt es also einen Ausgleich mit Entwicklungsländern.**

Genau. – Oder wir machen die Verteilung der Emissionsrechte pro Kopf. Dann sind die bevölkerungsreichen Länder bevorzugt. Da gibt es verschiedene Optionen. Und dann bin ich ziemlich sicher, dass auch große Akteure wie China und Indien sich dieser Idee anschließen werden. Warum? Weil sie ein vitales Interesse daran haben, den Klimawandel aufzuhalten. Schauen Sie, was in Indien los ist. Temperaturen bis zu 50 Grad. Das ist nichts, was Freude macht. Und die Aussichten sind nicht rosig, wenn Sie sich die globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen angucken.

### **Die globale Ausdehnung des Emissionshandelssystems, hat das etwas zu tun mit einem Cap-and-Trade-System?**



Es *ist* ein Cap-and-Trade.-System. Zwei Schritte: Cap, das heißt, begrenze die Emissionen. Und dann handle die Emissionsrechte, das ist der Trade. Cap and Trade ist die Erfolgsformel für den Klimaschutz. Das geht national. Das gilt vor allem aber global. Den Amerikanern muss man das nicht erklären. Die haben es ja erfunden. Emissionshandelssysteme gibt es seit den 1970er Jahren, nicht für CO<sub>2</sub>. Bei den US-Amerikanern gab es den Clean Air Act, sie haben das für Schwefeldioxidemissionen eingeführt, mit einem durchschlagenden Erfolg. So haben sie das Problem des sauren Regen in Rekordzeit zu minimalen Kosten in den Griff bekommen.

### **Aber man muss alle mitnehmen.**

Man muss alle mitnehmen. Das ist das Problem. Und dazu braucht man eine geschickte Diplomatie. Man braucht ein wirkliches Beispiel. Man muss vorleben, dass es funktioniert. Ich meine, die Idee, dass irgendjemand die deutsche Energiewende nachmacht, das ist wirklich abenteuerlich. Wer sollte das tun? Wer sollte so dumm sein? Aber so ein europäisches System, von dem man zeigen kann: Guck mal hier, wir haben die Emissionen in dieser Weise reduziert. Nur mal so eine Zahl: Mit der Einrichtung des Emissionshandels hat man ein Emissionsziel vorgegeben für 2030. Das war 40 Prozent geringer, verglichen mit 1990. Dieses Ziel haben wir im Emissionshandelssektor bereits 2022 erreicht, also acht Jahre vor 2030. Und das zu Kosten pro Tonne von teilweise unter zehn Euro. Die deutschen Pro-Kopf-Emission liegen im Moment bei knapp zehn Tonnen pro Jahr. Bei einem Preis von zehn Euro sind das 100 Euro, 8,30 Euro im Monat. Das ist nichts. Das heißt, wenn wir zu diesen Kosten CO<sub>2</sub> vermeiden könnten, dann wären die Lasten der Klimapolitik nicht der Rede wert. Da würde keiner ein Wort drüber verlieren. Ja, es ist der Königsweg. Ich habe das mal ausgerechnet und das Erneuerbare-Energien-Gesetz und Emissionshandelssysteme nebeneinandergestellt. Die Ergebnisse sind eindeutig. Es gibt nur einen Sieger. Das ist sind die Emissionshandelssysteme.

### **Aber Sie sagen selber, dass der politische Raum dafür nicht aufgeschlossen ist. Was ziehen Sie persönlich für Konsequenzen daraus?**

Daraus kann man ja nur zwei Konsequenzen ziehen. Entweder man sagt, dann lasse ich das eben. Dann sollen die doch machen, was sie wollen und dann geht das eben den Bach runter. So bin ich nicht gestrickt. Diese Konsequenz ziehe ich nicht, sondern ich versuche,

mir vorzustellen, wie wird die Zukunft aussehen. Und in der Zukunft wird uns diese Klimapolitik, die wir im Moment betreiben, völlig erschlagen. Ich meine, das Ziel unserer Klimapolitik, unserer nationalen Klimapolitik, ist die Dekarbonisierung, die komplette Dekarbonisierung. Hat sich irgendjemand schon mal die Mühe gemacht, zu überlegen, was das kostet? Sie kennen das Pareto-Prinzip. 80 Prozent der Kosten für die letzten 20 Prozent der Emissionen. Wenn Sie mal hochrechnen, was das kostet. Je nachdem, welche Kosten Sie einbeziehen, erhalten Sie eine Größenordnung zwischen 10 und 20 Billionen Euro. Das kann man nicht finanzieren, das geht nicht. Die Grünen und Bundeskanzler Scholz haben ja ein grünes Wirtschaftswunder versprochen. Was wir aber machen, ist, wir reißen unseren fossilen Kapitalstock ab und versuchen, den zu ersetzen durch einen nicht-Fossilen, der viel teurer ist, viel ineffizienter funktioniert, sehr viel anfälliger ist.

### **Was heißt das?**

Das heißt, selbst wenn wir das alles hinbekämen, hätten wir nur die Kapitalstöcke ausgetauscht. Wird man davon reicher? Nein, kein bisschen. Also diese Idee, wenn wir jetzt neue Kraftwerke bauen, dann wird das zu Wohlstand, zu Wachstum führen – das ist alles Blödsinn. Die Stilllegung der Atomkraftwerke hat uns ärmer gemacht, ganz einfach. Die Stilllegung der Kohlekraftwerke macht uns ärmer. Und wir müssen das jetzt alles ersetzen und das wird uns erst recht ärmer machen. Irgendwann wird eine Situation entstehen, in der alle erkennen müssen, das geht so nicht. Man kann sich ja mal überlegen, was es kosten würde, sämtliche Heizungen auszutauschen, sämtliche Autos auszutauschen, alles zu elektrifizieren und nur mit Wind und Sonne zu betreiben.

### **Wann glauben Sie denn, dass sich etwas bewegt?**

Ich glaube, das wird relativ bald geschehen. Inzwischen denkt die Bundesregierung darüber nach, den Bundeszuschuss zur Rentenversicherung zu kürzen, weil die hohen Klimainvestitionen sie bereits jetzt in finanzielle Not bringen. Jeder weiß, dass dieser Zuschuss in den nächsten Jahren massiv steigen muss, weil sonst die Babyboomer keine Rente bekommen können. Die Not muss schon jetzt sehr groß sein. Ich denke, dass wir vielleicht ab 2027 oder 2028 ganz anders über erneuerbare Energien diskutieren werden. Weil klar wird, das kann man sich nicht mehr leisten.